

SPARKASSE ZWICKAU

LAGEBERICHT 2018

INHALTSVERZEICHNIS

1	GRUNDLAGEN DER SPARKASSE	1
1.1	GESCHÄFTSMODELL	1
1.2	GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	1
2	WIRTSCHAFTSBERICHT	2
2.1	RAHMENBEDINGUNGEN.....	2
2.1.1	RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSGEBIET.....	2
2.1.2	ÜBERGEORDNETE THEMEN UND TRENDS	2
2.2	GESCHÄFTSVERLAUF	3
2.2.1	FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN	3
2.2.1.1	GESAMTÜBERBLICK.....	3
2.2.1.2	AKTIVGESCHÄFT.....	4
2.2.1.3	PASSIVGESCHÄFT	4
2.2.1.4	Dienstleistungsgeschäft	4
2.2.2	NICHT FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN	5
2.2.2.1	REGIONALE VERANTWORTUNG	5
2.2.2.2	PERSONAL.....	5
2.2.2.3	BESONDERHEITEN.....	5
3	VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	5
3.1	VERMÖGENSLAGE	5
3.2	FINANZLAGE	6
3.3	ERTRAGSLAGE	6
3.4	GESAMTBEURTEILUNG.....	8
4	RISIKOBERICHT.....	8
4.1	RISIKOMANAGEMENTSYSTEM.....	8
4.1.1	RISIKOVERSTÄNDNIS.....	8
4.1.2	ORGANISATION UND PROZESS	8
4.1.3	RISIKOTRAGFÄHIGKEIT	9
4.2	WESENTLICHE RISIKOARTEN/-KATEGORIEN	9
4.2.1	MARKTPREISRISIKO	9
4.2.2	ADRESSENRISIKO	11
4.2.3	OPERATIONELLES RISIKO	13
4.2.4	LIQUIDITÄTSRISIKO	14
4.3	FINANZINSTRUMENTE.....	16
4.4	RISIKOLAGE	16
5	PROGNOSEBERICHT	17
5.1	CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.....	17
5.1.1	EXTERNE FAKTOREN	17
5.1.2	INTERNE FAKTOREN	17
5.2	GESCHÄFTSENTWICKLUNG.....	18
5.2.1	RAHMENBEDINGUNGEN.....	18
5.2.2	GESCHÄFTSVERLAUF	19
5.2.2.1	VERMÖGENSLAGE	19
5.2.2.2	FINANZLAGE	19
5.2.2.3	ERTRAGSLAGE	19
5.3	GESAMTAUSSAGE.....	21

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ART.	ARTIKEL
BAFIN	BUNDEANSTALT FÜR FINANZDIENSTLEISTUNGSAUFSICHT
BASEL III	DRITTE NOVELLE ZUM REGELWERKE DES BASELERS BANKENAUSCHUSS
BIC	BUSINESS AND INNOVATION CENTRE ZWICKAU GMBH
CRD IV	CAPITAL REQUIREMENTS DIRECTIVE
CRR	CAPITAL REQUIREMENTS REGULATION
DBS	DURCHSCHNITTLICHE BILANZSUMME
DELVO ZUR LCR	DELEGIERTEN VERORDNUNG DER LIQUIDITY COVERAGE RATIO
EZB	EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
GÖRK	GESETZ ÜBER DIE ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN KREDITINSTITUTE IM FREISTAAT SACHSEN UND DIE SACHSEN-FINANZGRUPPE
HGB	HANDELSGESETZBUCH
ICAAP	INTERNAL CAPITAL ADEQUACY ASSESSMENT PROCESS
IDD	INSURANCE DISTRIBUTION DIRECTIVE
ILAAP	INTERNAL LIQUIDITY ADEQUACY ASSESSMENT PROCESS
KEV	KREDITFORDERUNGEN – EINREICHUNG UND VERWALTUNG
KWG	KREDITWESENGESETZ
LCR NACH DELVO	LIQUIDITY COVERAGE RATIO NACH DELEGIERTER VERORDNUNG
MARISK	MINDESTANFORDERUNGEN AN DAS RISIKOMANAGEMENT
MIFID II	MARKTES IN FINANCIAL INSTRUMENTS DIRECTIVE II
OSV	OSTDEUTSCHE SPARKASSENVERBAND
EPOSTFACH	ELEKTRONISCHES POSTFACH
PSD 2	PAYMENT SERVICES DIRECTIVE 2
SPKVO	SPARKASSENVERORDNUNG
SREP	SUPERVISORY REVIEW AND EVALUATION PROCESS
WIKR	WOHNIMMOBILIENKREDITRICHTLINIE
ZKG	ZAHLUNGSKONTENGESETZ

1 Grundlagen der Sparkasse

1.1 Geschäftsmodell

Die Sparkasse Zwickau (im Folgenden kurz „Sparkasse“) ist eine rechtfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Zwickau. Gemäß des Regionalprinzips erstreckt sich das Geschäftsgebiet auf die Stadt und den Altlandkreis Zwickauer Land. Träger der Sparkasse sind die Stadt Zwickau und der Landkreis Zwickau.

Die Sparkasse ist Mitglied des in Berlin ansässigen Ostdeutschen Sparkassenverbandes (OSV). Institutssichernde Einrichtung der Sparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des OSV.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (GörK), die Sparkassenverordnung (SpkVO) sowie die Satzung der Sparkasse.

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 GörK). Der Vorstand ist mit zwei Personen besetzt.

Der Verwaltungsrat hat unter Berücksichtigung der Größe, der internen Organisation sowie der Art, des Umfangs, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der Sparkasse auf die Bildung der Ausschüsse nach § 25d Abs. 8-12 KWG verzichtet. Die gesamten Aufgaben der Ausschüsse werden durch den Verwaltungsrat wahrgenommen. Im Geschäftsjahr fanden fünf Sitzungen des Verwaltungsrates statt.

Die Sparkasse hat gemäß § 13 GörK einen Kreditausschuss gebildet, welcher im Berichtsjahr viermal tagte. Dieser beschließt sowohl über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung bzw. der SpkVO als auch über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten (§ 15 KWG). Kredite, welche die Kompetenz des Vorstandes überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Kreditausschusses.

Daneben hat der Verwaltungsrat einen Personalausschuss gebildet und Befugnisse nach § 19 Abs. 1 GörK an diesen übertragen.

1.2 Geschäftstätigkeit

Bedingt durch den öffentlichen Auftrag (§ 2 GörK) obliegt es der Sparkasse, im Geschäftsgebiet die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen.

Die regional tätige Sparkasse gewährleistet ein flächendeckendes Vertriebs- und Servicenetz, das gemäß einer Demografie-beachtenden Standortanalyse seit Jahresbeginn optimiert wird. In Anlehnung an das Omnikanal-Konzept wird das stationäre Angebot medial sowohl durch das Online-Banking (Nutzungsquote: 46,0 %) als auch durch die im Berichtsjahr eröffnete Direktfiliale ergänzt. Der Marktanteil der Girokonten übersteigt 60,0 %.

Als Universalbank bietet die Sparkasse neben dem Kredit-, Wertpapier- und Einlagengeschäft auch Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr und das Verbundgeschäft an. Ergänzt wird dieses Angebot durch das Immobilien- und Stiftungssegment. Hierbei ist eine qualitativ hochwertige Beratung unabdingbar. Deren Güte wurde im Berichtsjahr erneut durch das Deutsche Institut für Bankentests GmbH in Kooperation mit der Zeitschrift „Die Welt“ ausgezeichnet (Platz 1 im Bereich Privat- und Firmenkundensegment und Baufinanzierung).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

2.1.1 Rahmenbedingungen im Geschäftsgebiet

Mit ca. 318.000 Einwohnern leben 7,8 % der sächsischen Bevölkerung im **Landkreis Zwickau**, rund 90.000 Menschen davon in der Stadt Zwickau. In den letzten Jahren ist die Bevölkerung im Landkreis kontinuierlich leicht zurückgegangen. Insgesamt werden bis 2030 weiterhin sinkende Einwohnerzahlen und gleichzeitig ein steigender Altersdurchschnitt prognostiziert. Die Haushalte im Geschäftsgebiet haben eine durchschnittliche reale Kaufkraft von ca. 27.300 EUR pro Jahr. Damit erreichen sie im Vergleich zu Haushalten anderer Geschäftsgebiete sächsischer Sparkassen den dritthöchsten Wert. Von den im Geschäftsgebiet liegenden Haushalten verfügen 52,0 % über ein Haushaltseinkommen von mindestens 25.000 EUR.

Der **Markt** ist weiterhin geprägt durch zunehmenden Preis- und Margenverfall, das immer stärkere Eindringen anderer Anbieter in die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und regulierende Eingriffe des Gesetzgebers. Neben der Sparkasse sind derzeit neun Filialbanken mit 26 personalbesetzten Geschäftsstellen sowie zwei Direktbanken im Geschäftsgebiet aktiv. Auch Payment-Dienstleister, d. h. die Anbieter von Online- und Mobile-Bezahldiensten sind erkennbar tätig. Hinzutreten gänzlich neue Anbieter wie z. B. auf Kontoführung per Smartphone spezialisierte FinTechs. Vor allem im Baufinanzierungsgeschäft spielen neben den klassischen Kreditinstituten die Finanzvermittler eine zunehmend größere Rolle.

Der **Wirtschaftsstandort Zwickau** verfügt insgesamt über eine gute Ausgangsbasis für eine künftig positive Entwicklung. Als Merkmale lassen sich eine vielfältige, mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur, verfügbare Ansiedlungsflächen für Industrie und Gewerbe sowie eine gute Basis für Forschung und Entwicklung anführen. Die Arbeitslosenquote im Landkreis lag im März 2019 mit 4,6 % (Vorjahr: 5,3 %) derweil unter dem sächsischen Niveau mit 5,8 % (Vorjahr: 6,5 %). Über den Landkreis hinaus ist der Großraum Zwickau durch eine von Zulieferbetrieben sowie sonstigen Dienstleistern aus dem Sektor Automobil dominierte Industriestruktur geprägt, welche eine deutliche Abhängigkeit vom Volkswagen-Werk Zwickau-Mosel aufweist. Positive Implikationen können sich aus den Plänen der Volkswagen-AG ergeben, in Zwickau nur noch batteriebetriebene Fahrzeuge mehrerer Volkswagen-Marken zu produzieren. Damit wird jedoch auch die Produktionsverlagerung der Modelle Passat und Golf in andere Werke verbunden sein, sodass sich die Gesamtwirkung für unseren Standort auch im Hinblick auf die Zulieferindustrie – derzeit noch nicht abschätzen lässt.

2.1.2 Übergeordnete Themen und Trends

Im Berichtsjahr 2018 ist erneut ein Wachstum der **deutschen Wirtschaft** zu verzeichnen, wengleich dieses gegenüber den beiden Vorjahren mit 1,5 % (-0,7 %) geringer ausfiel. Abermals waren neben dem privaten und staatlichen Konsum die Bau- und Unternehmensinvestitionen für das fortgesetzte Wachstum ausschlaggebend. Dabei überstieg die relative Zunahme der Importe (3,4 %) diejenige der Exporte (2,4 %), was u. a. auf die verschiedenen Handelskonflikte und Probleme in der Autoindustrie beruhte. Daneben ist der neue Höchststand bei der Zahl der erwerbstätigen Personen mit 44,8 Mio. positiv zu erwähnen. Letztlich drückt sich die gute wirtschaftliche Lage in den Überschüssen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen aus, welche insgesamt 1,7 % des Bruttoinlandsproduktes ausmachen (Vj: 1,0 %).

Die Dynamik der **Weltkonjunktur** verlangsamte sich Ende 2018 spürbar. In besonderem Maße betroffen war das verarbeitende Gewerbe, was negative Folgen für den Welthandel bedeutete. Zudem trugen insbesondere die weltweit erhöhte Unsicherheit in Bezug auf den Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China sowie der sich aktuell abzeichnende chinesische Wachstumsrückgang zum Abschwung des Welthandels und des globalen Wachstums bei.

Die **Digitalisierung** hat nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens erreicht. Das Ersetzen vormals analoger Vorgänge durch digitale Lösungen, gepaart mit den kürzer werdenden Innovationszyklen digitaler Technologien, hat auf der Verbraucherseite verändertes Nutzungsverhalten und Erwartungen ausgelöst und auf Seite der Unternehmen den Entwicklungs- und Wettbe-

werbsdruck erhöht, weil neue teils branchenfremde Anbieter hinzutraten. Bankenübergreifende bzw. gruppeninterne Umsetzungsprojekte zu finanztechnischen Innovationen gewinnen an Bedeutung. Die neuen Technologien verändern das Informations-, Beratungs- und Abschlussverhalten der **Kunden** erheblich. Kunden, die konkreten Beratungsbedarf und gleichzeitig hohe Onlineaffinität haben, bestimmen in zunehmendem Maße das künftige Sparkassenangebot. Während der persönliche Kontakt im stationären Geschäft, insbesondere am Serviceschalter, abnimmt, nimmt die personalisierte Kundenkommunikation über die digitalen Medien zu.

Die fortschreitende Digitalisierung bedingt Anpassungen des europäischen Zahlungsverkehrsraums, um weiterhin dessen Sicherheit zu gewährleisten. Damit verbunden ist die Umsetzung der EU-Richtlinie Payment Service Directive 2 (PSD 2) und des dritten Teils des Zahlungskontengesetzes (ZKG). Im Zuge der Weiterentwicklung der **Finanzmarktregulierung** verbesserte sich der Verbraucherschutz auf europäischer und nationaler Ebene. Die Umsetzung von z. B. der Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II), der Insurance Distribution Directive (IDD) sowie der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WIKR) band in den vergangenen Jahren erhebliche Ressourcen im Vertrieb und in der Vertriebssteuerung. Die regulatorischen Rahmenbedingungen sind daneben geprägt vom Inkrafttreten verschiedener **Basel-III-Regeln** in Form der EU-Verordnung Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulation, CRR) sowie der ergänzenden Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive, CRD IV) bzw. deren Umsetzung in deutsches Recht. Daraus resultieren eine Vielzahl von Regelungen, welche erhöhte qualitative und quantitative Anforderungen an die Kapitalausstattung und das Eigenkapital stellen, ebenso wie solche, die auf Verbesserung der Risikodeckung durch höhere Kapitalanforderungen (Säule 1) oder erhöhte Standards im Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP; Säule 2) zielen. Von besonderer Bedeutung bleibt der Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Als Reaktion auf die Finanzkrise hatten wichtige Zentralbanken die **Leitzinsen** in den letzten Jahren immer weiter gesenkt. Die US-Notenbank hat seit dem Vorjahr die Leitzinsen kontinuierlich erhöht; dagegen verharren sie in Europa auf einem historisch niedrigen Niveau. Die **Finanzmärkte** zeichnen sich dadurch aus, dass die weiterhin verhaltene Preisentwicklung in einer Verlängerung des EZB-Anleihekaufprogramms resultiert. Ebenso beträgt der Zinssatz bei der Einlagenfazilität erneut -0,4 %. Im kurzfristigen Laufzeitband war der Rückgang der Zinssätze (Pfandbriefsätze) geringer als im mittelfristigen Bereich (2-7 Jahre). In Summe gab es im Jahresverlauf eine Verflachung der Zinskurve. Im langfristigen Bereich kam zu unterjährig leichten Schwankungen, die zum Jahresende hin nahezu die Ausgangsbasis des Dezembers 2017 erreichten. Der Verlauf des deutschen Aktienindex war nach unten gerichtet. Dabei überschritt der deutsche Leitindex erneut sein Allzeithoch aus dem Vorjahr (13.479 Punkte) und markierte im Januar einen neuen Höchststand mit 13.559 Punkten. Am Jahresende notierte der Leitindex mit 10.559 Punkten, womit der Kursrückgang seit Jahresbeginn -18,3 % beträgt.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.2.1.1 Gesamtüberblick

Jahresultimobezogen ist eine Zunahme des Geschäftsvolumens, bestehend aus der Bilanzsumme (+4,1 % auf 2.688,8 Mio. EUR), den Eventualverbindlichkeiten (-8,0 % auf 13,9 Mio. EUR) und den außerbilanziellen Verpflichtungen (+9,0 % auf 83,1 Mio. EUR) zu verzeichnen. Wesentliche aktivische Veränderungen betreffen die Forderungen an Kreditinstitute inklusive Bundesbankguthaben (+33,3 % auf 463,7 Mio. EUR) sowie die Wertpapierpositionen (-5,1 % auf 1.277,5 Mio. EUR). Auf der Passivseite gab es einen Anstieg der Kundeneinlagen (+4,2 % auf 2.295,4 Mio. EUR).

Bezüglich der Erfolgsgrößen lässt sich festhalten, dass der Zinsüberschuss (39,7 Mio. EUR) den Planwert (41,1 Mio. EUR) aufgrund von niedrigeren Erträgen im Eigengeschäft unterschreitet. Zudem konnte im Provisionsergebnis (20,1 Mio. EUR) weder der Vorjahres- noch der Planwert (22,8 Mio. EUR) erzielt werden, da im Versicherungs- und Wertpapierbereich die Sollvorgaben verfehlt wurden. Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern 21,1 Mio. EUR (2017: 22,9 Mio. EUR).

2.2.1.2 Aktivgeschäft

Obwohl die Kundenforderungen bedingt durch erhöhte Baufinanzierungen gegenüber dem Vorjahresbestand um 60,9 Mio. EUR (+7,3 %) auf 893,3 Mio. EUR ausgeweitet wurden, verfehlten sie den Planwert (901,8 Mio. EUR). Ebenso unterschritten die Ausreichungen an öffentliche Haushalte (-2,7 % auf 136,0 Mio. EUR) das Vorjahresniveau geringfügig. Hingegen ist plangemäß erneut ein Anstieg der Kreditvergabe im Firmenkundensegment (+6,2 % bzw. 23,4 Mio. EUR auf 400,0 Mio. EUR) und im Privatkundenbereich (+9,5 % bzw. 37,5 Mio. EUR auf 431,3 Mio. EUR) zu verzeichnen. Die Schuldscheindarlehen übersteigen den Vorjahreswert um 18,3 % bzw. 18,6 Mio. EUR. Im außerbilanziellen Bereich zeigt sich eine Reduzierung der Eventualverbindlichkeiten (-8,0 % auf 13,9 Mio. EUR). Demgegenüber nahmen die unwiderruflichen Kreditzusagen um 9,0 % auf 83,1 Mio. EUR zu.

Vor dem Hintergrund des derzeitigen Niedrigzinsumfeldes wurden lediglich 12,0 Mio. EUR bzw. 14,3 % kurz- und mittelfristig (1-5 Jahre) aufgenommen, wohingegen die langfristigen Ausleihungen um 47,9 Mio. EUR bzw. 6,2 % zunahmen.

Die Bestände an Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute (einschließlich Barreserve) verzeichnen insgesamt einen leichten Anstieg (+2,7 % bzw. 46,1 Mio. EUR auf 1.770,4 Mio. EUR), weswegen die entsprechende Planannahme geringfügig (+24,7 Mio. EUR) überschritten ist. Aufgrund einer seitens der Bundesbank bereits ausgebuchten Forderung der Einlagenfazilität, welche arbeitstechnisch nicht zum Stichtag prolongiert werden konnte, kam es zu einer Bestandsverschiebung innerhalb dieser Bilanzpositionen. Dem deutlichen Anstieg der Barreserve (+262,7 Mio. EUR auf 314,7 Mio. EUR) steht somit eine Verringerung der Forderungen an Kreditinstitute (-45,3 % bzw. 147,4 Mio. EUR auf 178,2 Mio. EUR) gegenüber.

Bezüglich des Wertpapierbestandes, welcher neben dem Direktbestand (vorwiegend Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute und europäische Staatsanleihen) auch aus dem Masterfonds (vorwiegend Corporates, Nordic Covered Bonds, European Sovereigns, Aktien) besteht, lässt sich festhalten, dass dieser gegenüber dem Vorjahreswert um 5,1 % bzw. 69,2 Mio. EUR auf 1.277,5 Mio. EUR. sank. Ursächlich hierfür sind unter anderem Bestandsreduktionen und Kurswertänderungen. Im Jahresverlauf 2018 blieb das investierte Vermögen des Masterfonds (Bilanzwert: 517,5 Mio. EUR) konstant. Sowohl Fremdwährungs- als auch derivative Geschäfte sind auf den Masterfonds beschränkt.

Die Zugehörigkeit zum Sparkassenverband bedingt obligatorische Beteiligungen an gruppeninternen Einheiten. Daneben bestehen zwei strategische Beteiligungen an der Business and Innovation Centre (BIC) Zwickau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Sachsen. Stichtagsbezogen ist der Beteiligungsbuchwert (5,4 Mio. EUR) nahezu unverändert.

2.2.1.3 Passivgeschäft

Der Bilanzwert an Kunden- und Nachrangverbindlichkeiten (+4,7 % bzw. 104,2 Mio. EUR auf 2.339,9 Mio. EUR) überstieg die Planannahme (2.165,8 Mio. EUR), da u. a. die vorgesehenen Umleitungen an Kundeneinlagen zu den Verbundpartnern nicht in voller Höhe erfolgten. Es ist ein geringer Rückgang der Spareinlagen (-0,9 % auf 742,3 Mio. EUR) sowie eine deutliche Zunahme der anderer Kundenverbindlichkeiten (+6,8 % auf 1.553,1 Mio. EUR) insbesondere der Sichteinlagen (+7,2 % bzw. 103,6 Mio. EUR) erkennbar. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (48,7 Mio. EUR) blieben nahezu konstant und befinden sich damit in etwa auf Planniveau (48,7 Mio. EUR).

2.2.1.4 Dienstleistungsgeschäft

Die Sparkasse bietet ihren Kunden über das Verbundsystem der Sparkassen-Finanzgruppe ein vielfältiges Angebot an Finanzdienstleistungen. Im Versicherungsbereich liegt der deutliche Ergebnisrückgang (-57,5 %) hauptsächlich im Rentensegment und bei den Lebensversicherung. Demgegenüber steht eine Zunahme im Sachversicherungsbereich. Stabil verlief die Entwicklung im Bausparbereich und Immobiliengeschäft, wonach der Provisionsertrag mit 0,6 Mio. EUR bzw. 1,1 Mio. EUR auf Vorjahresniveau verblieb.

Trotz eines leicht rückläufigen haus- und verbundinternen Depotvolumens (-2,4 Mio. EUR auf 634,9 Mio. EUR) nahm die Anzahl der Kundendepots um 99 auf 22.634 Stück zu.

2.2.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

2.2.2.1 Regionale Verantwortung

Die Unternehmensleitlinien legen die Kundenorientierung als wesentlichen Aspekt fest. Damit untrennbar verbunden ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Im Berichtsjahr förderte die Sparkasse deshalb konsequent und nachhaltig die Entwicklung und Attraktivität der Region durch finanzielles Engagement (Gesamtwert: 1,3 Mio. EUR) sowie durch Spenden- und Sponsoringmaßnahmen (315 Initiativen).

2.2.2.2 Personal

Auch 2018 zeigt sich die Sparkasse als sicherer und verlässlicher Arbeitgeber für 434 Angestellte, darunter 212 Vollzeitkräfte (-19), 208 Teilzeitkräfte (-27) und 14 Auszubildende (-3). Der Personalnettobestand reduzierte sich um 49 Mitarbeiter, vorwiegend aufgrund von Renteneintritten, dem Modell „56+“ und sonstiger natürlicher Fluktuation. Die Teilzeitquote der bankspezifischen Beschäftigten ist mit 47,9 % (Vorjahr: 48,7 %) rückläufig. Die zunehmenden Anforderungen an das Bankgeschäft insbesondere aus der Regulatorik, erfordern die Sicherstellung eines fachlich qualifizierten Personalbestandes. Dabei prägt der demografische Wandel den Ausbildungs- und Arbeitskräftemarkt. Aus diesem Grund gestaltet sich die Besetzung offener Stellen immer schwieriger. Die Neueinstellungen betreffen elf Spezialisten, fünf Auszubildende und eine Studentin des betriebswirtschaftlichen Studiums in Kooperation mit der Berufsakademie Glauchau. Für Maßnahmen der kontinuierlichen Personalentwicklung wurden im Berichtsjahr zudem 0,3 Mio. EUR aufgewendet.

2.2.2.3 Besonderheiten

Auch im Berichtsjahr war die Bearbeitung der Monita aus der in 2015 erfolgten Prüfung des Geschäftsbetriebs gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG ein wesentlicher Aspekt. Im November fand die Nachschauprüfung der Deutschen Bundesbank bezüglich des Risikomanagements statt. Mit dem Ergebnisbericht wird im zweiten Quartal 2019 gerechnet. Zudem ordnete die BaFin im Rahmen des SREP einen 8 %igen Kapitalzuschlag auf die gesetzliche Mindestquote an, womit die institutsindividuelle Gesamtkapitalquote (incl. Kapital- und Kapitalerhaltungspuffer) den Wert von 17,9 % nicht unterschreiten darf.

3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

3.1 Vermögenslage

In der Volumenstruktur der **Aktivseite** ergab sich im Berichtsjahr durch das Wachstum im Kreditgeschäft (+7,3 %) eine leichte Erhöhung des Bilanzsummenanteils (33,2 %; Vj: 32,2 %). Der Strukturanteil der Forderungen an Kreditinstitute sank von 12,6 % auf 6,6 %, während sich im Gegenzug die Liquiditätshaltung bei der Bundesbank deutlich erhöhte. Der Strukturanteil liegt nunmehr bei 10,6 %. Hingegen verringerte sich der Strukturanteil der eigenen Wertpapiere von 52,1 % auf 47,5 %. In der Kapitalstruktur der **Passiva** kam es zu keinen wesentlichen Verschiebungen. Erneut ist eine Erhöhung des Strukturanteils der Kundenverbindlichkeiten von 86,5 % auf 87,0 % ersichtlich. Im Gegenzug sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einem nahezu konstanten Bilanzsummenanteil von 1,8 % weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Hinsichtlich der positionsspezifischen Veränderung wird auf die Ausführungen zur Entwicklung des Geschäftsverlaufes verwiesen. Ebenso finden sich dort Aussagen zur Erreichung der jeweiligen Prognosewerte.

Vorbehaltlich der noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitenrücklage, wird sich diese auf 104,1 Mio. EUR belaufen. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wird um 7,1 Mio. EUR auf 176,6 Mio. EUR aufgestockt.

Die Eigenmittelanforderungen wurden unter Berücksichtigung der durch die BaFin im Rahmen des SREP festgelegten Kapitalzuschläge jederzeit eingehalten. Jahresultimobezogen über-

steigt sowohl die Gesamtkapitalquote nach Art. 92 CRR, als Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, mit 28,9 % (Vorjahr 26,1 %) als auch die harte Kernkapitalquote mit 23,5 % (Vorjahr: 22,1 %) die gesetzlichen Anforderungen, womit die Kapitalbasis solide ist.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind unter Beachtung der geltenden handelsrechtlichen Vorschriften bilanziert. Der gesamte Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den ersichtlichen Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Bezüglich der Vorsorgereserven fand u. a. eine Umwidmung von § 340f HGB nach § 340g HGB statt. Weitergehende Ausführungen finden sich im Anhang.

3.2 Finanzlage

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden in ausreichendem Umfang Guthaben bei der zuständigen Zentralnotenbank unterhalten. Deren Angebot, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde nicht genutzt. Hingegen nahm die Sparkasse am elektronischen Verfahren „Kreditanforderungen – Einreichung und Verwaltung“ (KEV), zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten, i. H. v. 50 Mio. EUR teil. Im Berichtsjahr war der Zugang zum Geldmarkt uneingeschränkt. Die Zahlungsfähigkeit war aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. So bewegte sich die Liquidity Coverage Ratio nach delegierter Verordnung (LCR nach delVO) unterjährig in einer Bandbreite von 4,3 und 14,0, wobei der jahresultimobezogene Wert 5,1 beträgt. Somit wurden sowohl die aufsichtsrechtliche Mindestquote als auch das interne Anspruchsniveau (Risikoschwelle: 1,2) übertroffen. Die Überwachung der Zahlungsfähigkeit erfolgt zusätzlich in der täglichen Dispositionsbearbeitung sowie in der monatlichen Prognose und dem quartalsweisen Risikoreporting.

3.3 Ertragslage

Im einheitlichen Betriebsvergleichsschema stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

Position	2018 [Mio. EUR]*	[%] der DBS*	2017 [Mio. EUR]	[%] der DBS
Zinsüberschuss	39,7	1,5	43,7	1,7
Provisionsüberschuss	20,1	0,8	21,0	0,8
Sonstige betriebliche Erträge	0,8	0,0	0,8	0,0
Verwaltungsaufwand	39,3	1,5	42,3	1,7
Sonstiger betrieblicher Aufwand	0,2	0,0	0,3	0,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung u. Steuern	21,1	0,8	22,9	0,9
Bewertungsergebnis	-18,5	-0,7	5,2	0,2
Neutrales Ergebnis	-0,4	-0,0	-4,1	-0,2
Ertragsteuern	-5,1	-0,2	-6,1	-0,2
Nettoveränderung der Reserven (§ 340 f und § 340 g HGB)	2,9	0,1	-16,3	-0,6
Jahresüberschuss	0,0	0,00	1,6	0,1

* Betriebsvergleich Teil 1: Wertbereich 2018 (Stand: 05.04.2019)

Der **Zinsüberschuss** konnte wie erwartet den Vorjahreswert mit 43,7 Mio. EUR nicht erreichen und fiel um 4,1 Mio. EUR bzw. 9,3 % spürbar niedriger aus. Abweichend zur Planung, welche von konstanten Zinsen ausgeht, sind im Berichtsjahr die Marktzinsen marginal gestiegen. Aufgrund der gegenüber der Planung erhöhten Kassehaltung im Eigengeschäft konnte der

geplante Zinsertrag nicht erwirtschaftet werden. Der Planwert von rund 41,1 Mio. EUR wurde um 1,4 Mio. EUR verfehlt. Der Zinsaufwand mit 5,1 Mio. EUR fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. EUR (19,4 %) niedriger und damit in der geplanten Höhe an. Dies resultiert insbesondere aus den verminderten Zinsaufwendungen für die Spareinlagen. Der erwartete Zinsertrag von 46,1 Mio. EUR konnte jedoch nur mit 44,8 Mio. EUR realisiert werden. Für die Planabweichung waren u. a. Änderungen der Anlagerichtlinien sowie Umstrukturierungen im Masterfonds verantwortlich. Insgesamt ergab sich in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS: 2.627,1 Mio. EUR) eine gegenüber dem Vorjahr gesunkene Zinsspanne von 1,5 % (Vorjahr 1,7 %).

Der **Provisionsüberschuss** hat sich nicht wie geplant entwickelt, sondern lag mit 20,1 Mio. EUR leicht unter dem Vorjahresniveau. Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Gebühren im Giroverkehr sowie dem vermittelten Wertpapier- und dem Versicherungsgeschäft. Für den Rückgang der Provisionserträge beim Bausparen sind geänderte Provisionsmodelle ursächlich.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge**, die sich insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien sowie aus Dienstleistungen im Bereich Electronic-Banking und Münzgeldlogistik zusammensetzen, liegen bei dem Planwert von 0,8 Mio. EUR.

Die **Verwaltungsaufwendungen** sind wie geplant gegenüber dem Vorjahr gesunken. Sie bewegen sich mit 39,3 Mio. EUR leicht unter dem Planwert (40,3 Mio. EUR). Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betragen 24,4 Mio. EUR (0,9 % der DBS) und entsprechen dem geplanten Niveau. Der Sachaufwand liegt bei 14,9 Mio. EUR (0,6 % der DBS). Ursächlich für die Reduzierung des Sachaufwands ist insbesondere die erstmalige Verbuchung der Vermittlungstätigkeiten Dritter im Aktiv-/ Passivgeschäft unter den Provisionsaufwendungen (i. Vj. 0,4 Mio. EUR).

Das **Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern** bewegt sich zum 31.12.2018 mit 21,1 Mio. EUR unter dem Vorjahr (22,9 Mio. EUR) und spürbar unter dem geplanten Wert von 24,2 Mio. EUR. Für die Planabweichung waren die nicht erreichten Planwerte im Zins- und Provisionsgeschäft verantwortlich.

Insgesamt hat sich die Relation der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (**Cost-Income-Ratio**) mit 65,1 % um 0,3 Prozentpunkte leicht verschlechtert (Vorjahr 64,8 %), womit eine negative Planabweichung eingetreten ist.

Das **Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft** hat mit 1,6 Mio. EUR einen positiven Wert und fällt damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. EUR höher aus. Es ist damit besser als mit -1,8 Mio. EUR geplant. Die gute Wirtschaftsentwicklung deutschlandweit, die gute Immobiliennachfrage im Geschäftsgebiet sowie die aktuelle positive Risikolage im Kreditgeschäft sorgten für dieses zufriedenstellende Bewertungsergebnis.

Das negative **Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft** (-19,7 Mio. EUR) überstieg sowohl den Planwert (-1,3 Mio. EUR) als auch das Vorjahresergebnis (+4,6 Mio. EUR) erheblich. Die Abweichung resultiert aus der Entwicklung an den Finanzmärkten, womit stichtagsbezogen gestiegene Spreads und Kursverluste im Aktiensegment wirksam wurden.

Im Berichtsjahr wurden 10,0 Mio. EUR Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB aufgelöst. Davon dienen 2,9 Mio. EUR der Kompensation eines sich abzeichnenden Jahresfehlbetrages. Der Differenzbetrag (7,1 Mio. EUR) wurde zur Stärkung der regulatorischen Eigenkapitalquote dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zugeführt, womit dieser mit 176,6 Mio. EUR dotiert ist.

Der **Jahresüberschuss** in Höhe von 0,05 Mio. EUR liegt unter dem Vorjahresniveau. Von diesem konnten lediglich 0,03 Mio. EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

Die **Kapitalrendite**, welche der Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme ist, beträgt im Berichtsjahr 0,00 %.

3.4 Gesamtbeurteilung

Der Vorstand ist mit der Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage sowie mit der Ertragslage aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit zufrieden. Im Gegensatz dazu ist die Ertragslage in Bezug auf das verfügbare Ergebnis aufgrund des stichtagsbezogenen stark negativen Bewertungsergebnisses Wertpapiere nicht zufriedenstellend.

Die regulatorische Eigenkapitalstärkung steht weiterhin im Vordergrund und gewährleistet eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Die zukünftigen Anstrengungen fokussieren die Abmilderung des Rückgangs des operativen Betriebsergebnisses. Dies ist insbesondere bei einem erwarteten langfristigen Niedrigzinsumfeld eine große Herausforderung. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

4.1.1 Risikoverständnis

Unter dem Begriff „**Risiko**“ wird die negative Abweichung von einem Erwartungswert verstanden, welcher sowohl ein statistisches Maß als auch einen Planwert bzw. ein Simulationsergebnis umfasst. Damit verbunden ist in jedem Fall ein Ertragsverlust bzw. eine Vermögensminderung. Das Gesamtrisikoprofil ist durch die als wesentlich definierten Risiken gemäß der MaRisk geprägt. Als wesentlich wird ein Risiko bezeichnet, wenn dadurch die Gefahr einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage besteht oder der Hinweis auf eine mögliche wirtschaftliche oder rechtliche Bestandsgefährdung vorliegt. Hierunter werden das Adressen-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiko subsummiert. Ergänzend umfasst die Systematisierung die als nicht wesentlich eingestufteten Risiken aus Beteiligungen und Sonstige Risiken (Kosten-, Provisionsrisiken). Das strategische Risiko sowie Reputationsrisiko sind Risikoarten, deren Effekte sich in anderen Risiken widerspiegeln.

4.1.2 Organisation und Prozess

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Vermögenssicherung zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist Kern der Geschäftspolitik. Dabei nimmt das aktive Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein. Dessen Zielsetzung ist bei eingegangenen Risiken eine Optimierung des unternehmerischen Erfolges. Hierfür bedient es sich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung sowie Kommunikation der Risiken. Die jeweiligen Prozesse sind im Organisations-/ Risikohandbuch dokumentiert.

Für alle Prozessschritte sind **Verantwortlichkeiten** festgelegt. Der Verwaltungsrat erlässt die Geschäftsanweisung an den Vorstand und überwacht seine Tätigkeit. Der Vorstand legt neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen fest. Diese werden jährlich überprüft und dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben. Die operative Risikosteuerung ist gemäß **MaRisk AT 4.4.1.** aufbauorganisatorisch der Geschäftsleitung unterstellt und von den geschäftsverantwortlichen Organisationseinheiten getrennt. Die Abteilung **Betriebswirtschaft/ Controlling** verantwortet diese im Rahmen der durch den Vorstand festgelegten **Risikostrategie**, welche für alle wesentlichen Risikoarten und den damit verbundenen Risikokonzentrationen eine eigene Teilrisikostrategie beinhaltet. Diese gewährleistet, dass die Risiken, durch das vom Vorstand determinierte Risikodeckungspotenzial tragbar sind. Im Zuge der Risikosteuerung kommen neben **Risikofrüherkennungsverfahren** auch Limit- und Ampelsysteme zum Einsatz, um sowohl Einzel- als auch Konzentrationsrisiken zu identifizieren, welche die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage beeinträchtigen können. Relevante Risiken werden durch Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer an Dritte gesteuert. Zusätzlich verantwortet die Abteilung die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, insbesondere die Durchführung der

Risikoinventur sowie die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten sowie die weiteren in der MaRisk unter AT 4.4.1 Tz. 2 explizit aufgeführten Aufgabenstellungen. Über die Risikosituation wird dem Gesamtvorstand regelmäßig schriftlich berichtet, welcher wiederum den Verwaltungsrat vierteljährlich oder anlassbezogen anhand des Risikoberichtes informiert. Es bestehen Ad-hoc-**Berichtserstattungspflichten** bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung, wie bspw. Limitüberschreitungen oder dem Erreichen von Frühwarngrenzen. Die prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagementsystems gemäß **MaRisk AT 4.4.3** findet regelmäßig durch die **Interne Revision**, anhand eines risikoorientierten Prüfungsplans, statt. Über die Ergebnisse inklusive Handlungsempfehlungen wird der Gesamtvorstand informiert. Die **Compliance-Funktion** gemäß **MaRisk AT 4.4.2.** wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken.

Bezüglich der **Risiken gemäß § 25a KWG** verfügt die Sparkasse über angemessene Steuerungsinstrumente und -prozesse, welche fortlaufend entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen weiterentwickelt werden.

4.1.3 Risikotragfähigkeit

Damit die Sparkasse verschiedenartige Risiken kontrolliert eingehen kann, ist eine Konzeption der Risikotragfähigkeit notwendig. Diese basiert auf vier Prämissen. Neben der unterstellten Fortführung des Geschäftsmodells werden die Vorgaben des Gesamtvorstandes bezüglich des Risikohorizontes und Risikodeckungspotenzials um die prognostizierten Erfolgsgrößen aus der Unternehmensplanung ergänzt. Darauf aufbauend wird das Kapital dem Risikoprofil gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit bezeichnet somit die Fähigkeit, die wesentlichen Risiken des Bankgeschäftes durch entsprechendes Risikodeckungspotenzial abzudecken. Dieses setzt sich aus dem operativen Ergebnis nach Bewertung sowie Reserve- und Eigenkapitalbestandteilen zusammen. In einem vierteljährlichen Rhythmus findet die Überwachung der Risikotragfähigkeit für den Erwartungsfall, das steuerungsrelevanten Risikoszenario und die Stresstests statt. Die Vorgaben für den Risikofall sind auf einem Konfidenzniveau von 95,0 % und einem rollierenden zwölfmonatigem Betrachtungshorizont ausgerichtet. Das Modell ist zweigeteilt. Auf der einen Seite erfolgt eine regulatorische Sichtweise, welche die Solvabilität und Liquidität der Sparkasse jederzeit gewährleisten soll, indem die aufsichtsrechtlichen quantitativen Kapitalvorgaben (Art. 92 CRR, SREP-Zuschlag sowie § 10 Abs. 3 und 4 KWG) eingehalten werden. Hierbei basieren die Berechnungen auf standardisierten Vorgaben des Verbandes. Auf der anderen Seite findet eine periodische Sichtweise statt, welche für die Steuerungskonzeption der Sparkasse von Relevanz ist. Hierbei wird das strategiekonform verwendbare Risikodeckungspotenzial aus regulatorisch nicht benötigten Vermögenspositionen abgeleitet. Dieses ist wiederum die Grundlage für die Festlegung der jeweiligen Risikolimite. Durch vierteljährliche Portfolioanalysen werden die Auslastungen der Limite überwacht. Ergänzt wird dies durch die obligatorische Überprüfung der Auswirkungen von außergewöhnlichen, aber realistischen Ereignissen auf das Risikodeckungspotenzial, um auch in Extremsituationen die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Mittels sog. **Stresstests** wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit gefährden. Die Validierung der Risikotragfähigkeits-Konzeption findet mindestens jährlich statt und wird um eine Kapitalplanung mit fünfjährigen Betrachtungshorizont ergänzt, welche auch adverse Entwicklungen berücksichtigt. Deren Ziel ist die frühzeitige Identifizierung von potenziellen Eigenmittellücken.

Sowohl der Gesamtvorstand als auch der Verwaltungsrat werden im Zuge der turnusmäßigen Risikoberichtserstattung quartalsweise informiert. Die Risikotragfähigkeit war im Berichtsjahr im Risikoszenario jederzeit gegeben.

4.2 Wesentliche Risikoarten/-kategorien

4.2.1 Marktpreisrisiko

Für die Definition des Begriffs „**Marktpreisrisiko**“ wird das o. g. Risikoverständnis um Unsicherheiten über Veränderungen von Marktpreisen den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihrem Volatilitätsniveau erweitert. Es schließt neben dem

Zinsänderungsrisiko auch Spread-, Währungs-, Aktienkurs-, Immobilien-, Rohstoff- und Optionsrisiken ein. Bei Optionen wird unterschieden nach expliziten und impliziten Optionen. Diese werden bei der Ermittlung innerhalb der betroffenen Risikokategorien berücksichtigt. Marktpreisrisiken werden im Zuge der Liquiditäts- und Aktiva/ Passiva-Steuerung eingegangen. Obwohl die Sparkasse ein Handelsbuchinstitut ist, verfügt sie derzeit über keinen aktiven Handelsbuchbestand. Zur Begrenzung der potenziellen Verluste wurde eine Teilrisikostategie festgelegt. Demnach ist die periodische Sichtweise steuerungsrelevant und die wertorientierte Betrachtung erfolgt lediglich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Zinskoeffizient). Da das Marktpreisrisiko im implementierten Going Concern-Ansatz wertmäßig das größte Risiko darstellt, wird es arbeitstäglich sowohl auf Portfolio- als auch Einzelgeschäftsebene beobachtet und dem Vorstand sowie Treasury angezeigt. Es besteht ein im Risikotragfähigkeitskonzept verankertes Limitsystem, welches sowohl das periodenorientierte (handelsrechtliche) als auch wertorientierte (betriebswirtschaftliche) Marktpreisrisiko begrenzt. Daran orientierend finden quartalsweise Risikoszenarien und Stresstests statt, über deren Ergebnisse wiederum der Gesamtvorstand und Verwaltungsrat informiert werden. Unabhängig davon erfolgen Ad-hoc-Berichtserstattungen bei wesentlichen Ereignissen, wie bspw. dem Erreichen von Frühwarngrenzen.

Das **Zinsänderungsrisiko** wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsspannenrisiko) bzw. des Barwertes (Bewertungsrisiko Wertpapier) von einem zuvor erwarteten Wert verstanden, wobei die Auswirkungen von bilanzstrukturellen Fristenkongruenzen betrachtet werden. Die Risikosteuerung erfolgt vierteljährlich durch Simulationen und dem Modell der gleitenden Durchschnitte. Der aufsichtsrechtlich (§ 25a Abs. 1 Satz 7 KWG) geforderte und nicht steuerungsrelevante Zinsrisikokoeffizient lag, nach einem Höchstwert im März (18,9 %), jahresultimobezogen bei 13,2 %. Die quartalsweise stattfindende verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (gem. IDW RS BFA 3) ergab für das Berichtsjahr keine Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung. Dieses Ergebnis wird für das Folgejahr antizipiert.

Das **Eigengeschäft** besteht aus dem Direktbestand und dem Masterfonds. Die inhärenten handelstäglich ermittelten Marktpreisrisiken resultieren aus Veränderung des Bewertungsergebnisses des Wertpapierbestandes durch Volatilitäten der Zinsen, Spreads und Aktien und sind für die Sparkasse wesentlich. Die anhand der Marktbewertungsmethode ermittelten Risiken werden durch periodische Quantifizierungsverfahren mit Hilfe von stichtagsbezogenen Betrachtungen und jahresultimobezogenen Simulationen überwacht. Bezüglich des Masterfonds gilt, dass die seitens der Sparkasse vorgegebenen Anlagerichtlinien dem Fondsmanagement sowohl zur Steuerung als auch Risikoüberwachung dienen. Aufgrund erfolgter Risikoreduzierungen wurde im Berichtsjahr die geplante Zinsspanne verfehlt. Die Duration lag mit 2,1 Jahren unter der strategischen Zielgröße (3,5 Jahre). Entgegen zum Masterfonds wurden im Direktbestand derivative Geschäfte weder zur Steuerung noch zur Absicherung getätigt.

Das Spreadrisiko ergibt sich aus der Veränderung des Bewertungsaufschlags eines Finanzinstruments auf eine risikolose Zinskurve bei gleichbleibendem Rating. Da im Direktbestand keine Investitionen in Aktien vorgenommen werden, ergibt sich ein Marktpreisrisiko aus der Veränderung von Aktienkursen nur im Masterfonds. Daneben zielt das Währungsrisiko auf Veränderungen von Währungskursen ab, wobei im Direktbestand keine Fremdwährungsgeschäfte zulässig sind. Zudem beeinflussen volatile Immobilienpreise das Marktpreisrisiko. Aufgrund der überwiegend langfristig eigengenutzten Immobilien des Anlagevermögens ist dieses Risiko für die Sparkasse unwesentlich. Das Marktpreisrisiko, welches sich aus der Veränderung von Rohstoffpreisen ergibt, wirkt nicht primär, da die Sparkasse keine Investitionen in dieser Anlageklasse vornimmt.

Die Sparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen eines Masterfondsmandates verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Sparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung des Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von der Fondsgesellschaft zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass der Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden ist.

Die in der Risikotragfähigkeit festgelegten Limite für Marktpreisrisiken wurden ganzjährig eingehalten. Dem per 31.12.2018 berechneten Risikowert für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in Höhe von 99,2 Mio. EUR steht ein Limit von 115,0 Mio. EUR gegenüber. Für das Zinsänderungsrisiko - Zinsüberschuss wurden 0,1 Mio. EUR Risiko mit 4,0 Mio. EUR limitiert. Basierend auf dieser Risikosituation bleiben die Limitvorgaben für das Geschäftsjahr 2019 konstant, da die Simulationsrechnungen erneut eine Einhaltung prognostiziert.

Stichtagsbezogen betrug der Strukturbeitrag 0,2 % der DBS bzw. 10,1 % des Gesamtertrages aus dem Zinsüberschuss. Annahmegemäß wird sich dieser in 2019 bei einer Größenordnung unter 0,2 % der DBS (Indikation per 03/2019) auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres bewegen und kann ggf. auch eine leicht negative Ausprägung annehmen. Bezüglich der Zinssituation wird im Rahmen der Fristentransformation keine wesentliche Risikoausweitung geplant und erwartet.

4.2.2 Adressenrisiko

Unter dem **Adressenrisiko** wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Schuldner im Kundengeschäft im Sinne dieser Definition sind Kreditnehmer, also klassische Privat-, und Firmenkunden, Kreditinstitute (Interbanken), Länder und die öffentliche Hand. Schuldner im Eigengeschäft sind jegliche Kontrahenten oder Emittenten.

Das **Länderrisiko** setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Unter dem Ländertransferrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner oder ein Schuldner mit Sitz im Ausland trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann. Dies ist z. B. der Fall, wenn die Regierung ein Zahlungsverbot für alle ausländischen Schulden verhängt. Der größte Teil des Risikos wird im Adressen- (insbesondere Ausfall- und Migrationsrisiken) oder Marktpreisrisiko (primär Spreadrisiko) des jeweiligen Investments abgebildet. Darüber hinausgehende Ausprägungen sind in der Regel politisch motiviert und daher nicht uneingeschränkt quantifizierbar.

Die Länderrisiken, die auf rund ein Fünftel des gesamten Kreditportfolios gemäß § 19 Abs. 1 KWG entfallen, unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Sparkasse. Davon sind 98,0 % innerhalb Europas angelegt. Als Größentreiber stellen sich Frankreich und Dänemark dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieren von Kreditinstituten, Staatsanleihen und Wertpapieren von Unternehmen. Das stichtagsbezogene Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beträgt 118,3 Mio. EUR, wovon wiederum 46,0 Mio. EUR auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien entfallen.

Die **Steuerung der Adressenrisiken** erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft Limite für die Geschäfte z. B. in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Branchen festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Grundlage der Risikoermittlung ist u. a. die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten, aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren als auch über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (z. B. Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostruktur des Kunden- und Eigengeschäftes, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. Der Verwaltungsrat erhält ebenfalls vierteljährlich Auskunft.

► Kundengeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung der Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die **Risikostruktur im Kundengeschäft** wird als gut diversifiziert und risikoarm eingeschätzt. Mit 95,7 % ist der höchste Anteil des Kreditbestandes in den Risikoklassen mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten (1-9) zugeordnet. Insgesamt 3,2 % der Kredite entfallen auf die Risikoklassen mit höheren Risiken (10-16), während der mit 1,1 % auf die Risikoklassen 17-18 entfallende Anteil durch eine Risikovorsorge abgeschirmt ist.

Konzentrationen im Adressenrisiko ergeben sich zum einen aus dem öffentlichen Auftrag in Verbindung mit der Begrenzung der Geschäftstätigkeit durch das Regionalprinzip. Zum anderen ergeben sie sich aus der Geschäftstätigkeit mit den dabei gesetzten Präferenzen. Die Auswertung des Kreditportfolios im Kundengeschäft zur Identifizierung von Konzentrationen zeigt bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf Anlagen innerhalb des Geschäftsgebietes (liegen jahresultimbezogen nicht vor), in den Größenklassen größer 10,0 Mio. EUR, in Sicherheiten sowie in den Bonitätsklasse 1-9. Die Sparkasse ist sich dieser Konzentrationen bewusst. Sie sind Gegenstand entsprechender Steuerungsprozesse und werden mit geeigneten Mitteln begrenzt. Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft wurden 2018 nicht identifiziert.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird monatlich ermittelt und ist Gegenstand der internen Berichte. Dabei umfasst die Risikovorsorge den nicht durch Sicherheiten gedeckten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements (inklusive pauschalierte Einzelwertberichtigungen) sowie eine unterjährig ermittelte Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenrisiken – einschließlich sich ergebender Risikokonzentrationen – werden unter Anwendung des simulativen Verfahrens der IT-Anwendung Credit-Portfolio-View bewertet. Wesentliche Einflussfaktoren des Verfahrens sind die Höhe der Kredite, die Besicherung verbunden mit den Verwertungs- und Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer in Verbindung mit den Migrationsmatrizen. Im Ergebnis wird ein erwarteter und unerwarteter Verlust für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept sowie in die vierteljährliche Risikoberichterstattung ein.

Das für die Adressenrisiken im Kundengeschäft vorgehaltenen Limit wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr in der Risikotragfähigkeit eingehalten. Dem per 31.12.2018 berechneten Risikowert von 3,3 Mio. EUR stand ein Limit von 4,0 Mio. EUR gegenüber.

Für das folgende Geschäftsjahr wird unter Berücksichtigung der geplanten Volumenentwicklung kein signifikanter Anstieg des Risikos erwartet, daher wird im Risikoszenario das festgelegte Limit in Höhe von 4,0 Mio. EUR (Vorjahr 4,0 Mio. EUR) voraussichtlich eingehalten.

► Eigengeschäft

Im Eigengeschäft werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Eigengeschäftes unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Aufgrund der mit 98,8 % dem Investment-Grade (Bonitätsklassen 1-5) sowie 1,2 % auf den Speculative Grade (Bonitätsklassen 6-15c) entfallenden Positionen zeigt die **Risikostruktur des Eigengeschäfts** vertretbare Risiken auf.

Die Auswertung des Kreditportfolios im Eigengeschäft zur Identifizierung von Konzentrationen zeigt bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf den Anlagen in Deutschland, bei Kreditinstituten, in Größenklassen ab 5,0 Mio. EUR sowie in der Bonitätsklasse 1. Risikokonzentrationen wurden für die Risikosegmente „gruppenexterne Kreditinstitute“ und „ausländische öffentliche Haushalte“ festgestellt. Die bestehenden Risikokonzentrationen im Eigengeschäft resultieren aus der gezielten Mittelanlage im Rahmen der Asset Allocation. Sie sind Gegenstand entsprechender Steuerungsprozesse und werden mit geeigneten Mitteln begrenzt.

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emissionen (Wertpapier) und Kontrahenten (vorwiegend Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Begrenzung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten im Direktbestand sowie im Masterfonds ein eigenes Limit eingeräumt. Die Ermittlung der potenziellen Adressenrisiken erfolgt durch die IT-Anwendung Credit-Portfolio-View.

Die Auslastung des Emittenten- und Kontrahentenlimits wird vor jedem Geschäftsabschluss geprüft. Das Adressenrisiko im Eigengeschäft wird darüber hinaus regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt und dabei werden identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt. Sowohl aus Emittenten- als auch in der Kontrahentensicht sind im Berichtsjahr keine Ausfälle aufgetreten. Volumen- sowie Ratingvorgaben für das Neugeschäft begrenzen die Risiken. Das Limit für das Adressenrisiko im Eigengeschäft, das aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet wird, wurde im Risikoszenario eingehalten. Dem per 31.12.2018 berechneten Risikowert von 3,7 Mio. EUR steht ein Limit von 7,5 Mio. EUR gegenüber.

Für das folgende Geschäftsjahr wird unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte kein signifikant verändertes Adressenausfallrisiko erwartet. Daher wird im Risikoszenario das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 7,5 Mio. EUR (Vorjahr 7,5 Mio. EUR) voraussichtlich eingehalten.

4.2.3 Operationelles Risiko

Das **operationelle Risiko (OpRisk)** ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder externer Einflüsse eintreten (diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein). Entscheidungen des Vorstands fallen unter diese OpRisk-Definition, sofern sich der Sachverhalt eines OpRisk-Schadens bzw. OpRisk-Szenarios innerhalb der Kategorie „Mitarbeiter“ abbilden lässt. Ist dies nicht der Fall, liegt ein strategisches Risiko zugrunde. In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten. „Rechtsrisiken“ im Sinne der Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sind Teil des operationellen Risikos. Hierzu gehört das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden. Das Risiko, aufgrund einer geänderten Rechtslage die zukünftige Geschäftstätigkeit umstellen zu müssen, ist nicht als operationelles Risiko zu verstehen (Zuordnung dieses Risikos zum strategischen Risiko). Strategische Risiken, Provisionsrisiken und das Risiko der Unterschreitung des geplanten Zinskonditionsbeitrags sind in dieser OpRisk-Definition nicht enthalten.

Die Messung der operationellen Risiken erfolgt mittels des standardisierten OpRisk-Schätzverfahrens. Der Risikowert wird dabei anhand der eigenen Schadensfälle des Institutes, seinem Verwaltungsaufwand sowie einzelnen Parametern, welche aus der Historie sämtlicher partizipierender Sparkassen ermittelt werden, bemessen. Ergänzend erfolgt eine Plausibilisierung der Ergebnisse anhand von ex post- und ex ante- Betrachtungen. Aus dem OpRisk-Schätzverfahren ergibt sich für das Berichtsjahr im Risikoszenario ein Risikowert von 1,4 Mio. EUR. Dieser steigt bei einer Veränderung des Konfidenzniveau von 95,0 % auf 99,0 % auf 3,0 Mio. EUR an.

Für die operationellen Risiken existieren zwei Datenbanken. Die Erstere dient der Erfassung sämtlicher Ereignisse und gibt somit einen Gesamtüberblick. Die Zweitere dient ausschließlich zu Zwecken des Risikocontrollings und beinhaltet Vorkommnisse ab 1.000 EUR. Die gesamte Historie der erfassten Schadensfälle wird für die Plausibilisierung der Ergebnisse des OpRisk-Schätzverfahrens genutzt. Aus dieser ex post-Betrachtung kann kein erhöhtes Risiko und somit ein Anpassungsbedarf der Ergebnisse des OpRisk-Schätzverfahrens identifiziert werden.

Die einzelnen Schadensfälle des aktuellen Geschäftsjahres fließen sowohl in die unterjährigen Risikoberichte als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Für das Jahr 2018 wurden 15 Schadensfälle mit einer Bruttoschadenssumme von 793 TEUR gemeldet.

Die ex ante-Betrachtung erfolgt mittels Risikolandkarte. In diesem Zuge werden durch die für die jeweiligen Unternehmensbereiche und Prozesse verantwortlichen Experten Einschätzungen zu standardisierten und individuellen Risikoszenarien vorgenommen. Dies umfasst die Bewertung des durchschnittlichen Verlustpotenzials, der zugehörigen Eintrittswahrscheinlichkeit sowie dem Abschätzen eines realistischen maximalen Verlustes. Die Bewertung erfolgt dabei – sofern möglich – sowohl qualitativ als auch quantitativ. Aus der ex ante-Betrachtung kann kein erhöhtes Risiko und somit ein Anpassungsbedarf der Ergebnisse des OpRisk-Schätzverfahrens identifiziert werden.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Die Identifikation und Überprüfung von Steuerungsmaßnahmen ist ein Bestandteil der Risikolandkarte.

Weiterhin trägt die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zur Begrenzung operationeller Risiken bei.

Die innerhalb des OpRisk-Schätzverfahrens für 2018 identifizierten operationellen Risiken haben gemäß dem Berechnungsmodell keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Sparkasse. Die Sparkasse ist sich der möglichen Schwankungsbreite bewusst, die durch das Eintreten bekannter bewerteter aber auch bisher nicht einbezogener Einzelschäden entstehen kann.

Bezüglich der operationellen Risiken ist die stichtagsbezogene Risikosituation unkritisch. Dem per 31.12.2018 berechneten Risikowert von 0,9 Mio. EUR steht ein Limit von 1,5 Mio. EUR gegenüber.

Für Schäden aus operationellen Risiken wurde für das Jahr 2019 ein Erwartungswert i. H. v. 0,4 Mio. EUR als Abzugsbetrag im operativen Ergebnis der Sparkasse berücksichtigt. Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird keine Überschreitung des Erwartungswertes angenommen. Im Risikoszenario wird für das Folgejahr ein Limit in Höhe von 1,5 Mio. EUR festgelegt.

4.2.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst dabei auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass auf Grund von Marktstörungen oder unzulänglicher

Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen (kurz-, wie auch längerfristig) nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen. Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Die Sparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die Europäische Zentralbank (EZB) dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Sparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Berichtsjahr war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Sparkasse betreibt zur Erzielung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation. Das aus der langfristigen Investition kurzfristig zur Verfügung stehende Risiko der Zahlungsunfähigkeit wird im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements überwacht und begrenzt. Dazu werden quartalsweise auf der Basis von Liquiditätsbedarfsübersichten die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse für einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren aggregiert dargestellt.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Dafür werden die Risikofaktoren und die zugehörigen Risikoparameter identifiziert sowie operationalisiert, die die Liquidität beeinflussen. Im Ergebnis werden die sich im Zeitverlauf ergebenden Zeiträume mit Liquiditätsüber- und -unterdeckung aufgezeigt. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer Mindestreichweite. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Sparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Sparkasse neben der Auslastung der Reichweitenvorgabe (Survival Period) auch die Höhe der LCR nach delVO heran, da mit Ablauf der Gültigkeit der Liquiditätsverordnung zum Jahr 2018 die darin enthaltene Liquiditätskennziffer entfällt. Die beiden Komponenten der regulatorischen Mindestliquiditätsquote LCR nach delVO sind je eine Bestands- und eine Zahlungsstromgröße. Die dem Liquiditätspuffer zugehörigen aktivischen Positionen des Zählers stehen den Liquiditätserfordernissen in Form von Nettzahlungsmittelabflüssen des Nenners gegenüber. Der Wert des Quotienten muss den Mindestwert von 100,0 % aufweisen. Die Positionen des Liquiditätspuffers müssen jederzeit während der 30-tägigen Stressperiode entweder durch direkten Verkauf oder durch ein Pensionsgeschäft liquidiert werden können.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. So lag die Reichweite als Indikator zum Stichtag 31.12.2018 mit 60 Monaten deutlich über der Mindestgröße von 24 Monaten. Die Frühwarnstufe für die LCR nach delVO in Höhe von 120,0 % wurde ebenfalls nicht unterschritten. Im Jahresverlauf bewegte sich die Quote für die LCR nach delVO in einer Bandbreite von 427,0 % und 1.402,0 % (Angaben zum Monatsultimo). Aufgrund der vorgenannten Faktoren ergibt sich für die Sparkasse per 31.12.2018 ein Risikowert von 0,0 Mio. EUR. Demzufolge wird auch ein Limit von 0,0 Mio. EUR vorgehalten.

Ergänzend erfolgt die quartalsweise Überwachung der Leverage Ratio (LR). Die Angabe zur LR hat jedoch ausschließlich nachrichtlichen Status. Sie setzt das aufsichtliche Kernkapital (Zähler) in Beziehung zum Gesamtengagement (Nenner). Eine geringe Kennziffer geht demnach mit einer relativ zum Kernkapital hohen Verschuldung einher. Ziel ist es, einer übermäßigen bilanzwirksamen und außerbilanziellen Verschuldung entgegenzuwirken. Die LR wurde von der Aufsicht zunächst als ergänzendes Instrument eingeführt und unterliegt zurzeit noch keiner Begrenzung. Der Wert liegt im gesamten Jahresverlauf deutlich über der gemäß Bundesbank als vorläufig anzusehenden Zielquote von 3,0. Eine übermäßige bilanzwirksame und außerbilanzielle Verschuldung kann somit derzeit nicht festgestellt werden.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31.12.2018 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

4.3 Finanzinstrumente

Durch die Funktion als Finanzintermediär sind Finanzinstrumente ein wesentlicher Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Sparkasse, wobei primär Kassainstrumente zum Einsatz kommen. Für Absicherungszwecke sind die derivativen Finanzinstrumente Swaps, Caps/Floors, Futures und Forwards, Optionen und Devisentermingeschäften unter der Prämisse eines Neu-Produkt-Prozesses zulässig.

Der gültigen Treasurystrategie folgend fand im Berichtsjahr kein Eigenhandel mit Finanzinstrumenten innerhalb der begrifflichen Definition des Handelsbuchs statt; die Handelsbücher Renten und Aktien sind derzeit nicht belegt. Hingegen nutzte der Masterfonds Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Fremdwährungspositionen. Der Einsatz weiterer derivativer Geschäfte fand in geringem Umfang statt.

4.4 Risikolage

Das in der Risikotragfähigkeit angesetzte Risikodeckungspotenzial konnte im Berichtsjahr durch die im Zuge der Feststellung des Jahresabschlusses des Vorjahres erfolgten Zuführungen zu den Eigenmitteln gestärkt werden. Im Jahresverlauf blieben neben den festgelegten Gesamtlimiten in der Risikotragfähigkeit auch die Einzellimite gegenüber dem Jahresende 2017 konstant.

Überprüfungen der Risikotragfähigkeit zeigten die höchsten Risikopotenziale im Risikoszenario bei den Marktpreisrisiken (Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft) sowie den Adressenrisiken im Eigengeschäft und im Kundengeschäft

Die Risikotragfähigkeit war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2018 gegeben. Im Risikoszenario gab es im Jahr 2018 keine Limitüberschreitungen. Entsprechende Limitanpassungen waren im Jahr 2018 demgemäß nicht erforderlich.

Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile des strategiekonform verwendbaren Risikodeckungspotenzials der Sparkasse im Berichtsjahr ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Die zum Jahresende letztlich aufgetretenen Bewertungsaufwendungen haben dazu geführt, dass ein ausgeglichenes Jahresergebnis nur durch die Verwendung von Reserven erreicht werden konnte. Die nachhaltige Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR inklusive individueller Aufschläge war im Jahr 2018 für die Sparkasse jederzeit gegeben. Die Risikosituation wird zum Ende des Jahres 2018 als vertretbar eingeschätzt.

Aus den im Laufe des Geschäftsjahres 2018 durchgeführten risikoartenübergreifenden Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen im Stressszenario „Finanzkrise“, welchem der Ausfall eines europäischen Kreditinstitutes, das wiederum Emittent im Eigengeschäft ist, zugrunde liegt. In nahezu allen Stressszenarien führt das Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft und die Adressenrisiken im Eigengeschäft zu einer

erheblichen Ergebnisbelastung. In der Einzelbetrachtung zeigten die durchgeführten Stresstests, dass die Risikotragfähigkeit der Sparkasse überwiegend auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Im Stressszenario „Finanzkrise“ führen die Parameterausprägungen an allen Quartalsstichtagen zu einem inversen Ergebnis. Das bedeutet, dass die Sparkasse beim Eintritt der berechneten Risiken die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen bezüglich der Eigenmittelanforderungen nicht ohne weitere Maßnahmen einhalten könnte. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Sparkasse angemessen berücksichtigt. Die Stresstests erfolgen im Rahmen risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen.

Für das Folgejahr ist weiterhin sowohl die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern, aller gesetzlichen und individuellen Aufschläge als auch die Risikotragfähigkeit sichergestellt.

5 Prognosebericht

5.1 Chancen- und Risikobericht

5.1.1 Externe Faktoren

Als **Chancen** werden positive Abweichungen zu den dargestellten Erwartungen verstanden. Mögliche positive Planabweichungen zu den realistischen Prognoseergebnissen können sich, vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes, aus einem besseren Konjunkturverlauf und stärkeren Einkommenszuwächsen im Geschäftsgebiet ergeben, wovon primär das private und gewerbliche Kreditgeschäft profitiert. Als wesentlich wird hierbei die Entscheidung der Volkswagen AG angesehen, am ortsansässigen Werk künftig die Produktion von Automobilen mit Elektroantrieben zu betreiben, was auch die hiesige Zulieferindustrie positiv tangiert. Zudem könnte die Bauwirtschaft stärker von der Nachfrage im Wohnungsbau in Folge des Niedrigzinsniveaus und eines robusten Arbeitsmarktes profitieren.

Als **Risiken** im Sinne des Prognoseberichtes werden negative mögliche Abweichungen zu den dargestellten Erwartungen verstanden, welche dem Erreichen des geplanten betriebswirtschaftlichen Erfolges entgegenstehen. Die durch die EZB-Politik bestimmte Niedrigzinsphase mit sehr lang anhaltenden Niedrig- und Negativzinsen dürfte sich bis auf Weiteres fortsetzen und prägt damit die strategische Ausrichtungen. Dies ist eine große Herausforderung, insbesondere in Bezug auf die Kunden- und Eigenanlagen, weswegen mit nachhaltigen Ertragseinbußen in Folge eines stärker als geplant rückläufigen Zinsüberschuss gerechnet werden muss. Anhaltend hohe Einlagenzuwächse über die Planerwartungen hinaus würden die negative Entwicklung beim Zinsüberschuss begünstigen. Im Ergebnis könnten die Margenbeiträge im Kundengeschäft stärker als erwartet sinken. Die erwartete Steigerung bei den Provisionseinnahmen wird sich maßgeblich über das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft realisieren lassen können. Trotz höherer Vertriebsanstrengungen und der hohen Beratungsqualität könnte eine fehlende Risikobereitschaft beim Kunden als auch weitere Verschärfungen beim Verbraucherschutz den Erfolg spürbar einschränken. Ergebnisrisiken können sich zudem aus verschärfenden, noch in der Umsetzung befindlichen bankaufsichtsrechtlichen Regulierungen ergeben. Zu erwähnen sind an dieser Stelle die nicht vollumfänglich einschätzbaren Risiken aus weiteren europäischen und nationalen Entscheidungen im Rahmen der Umsetzung CRR I und perspektivisch CRR II sowie einer mikroprudenziellen Überwachung seitens der Aufsicht. Des Weiteren werden die noch ausstehende Umsetzung der BREXIT-Entscheidung und die weitere protektionistische Ausrichtung der US-Politik das politische und wirtschaftliche Geschehen beeinflussen, was wiederum negative konjunkturelle Entwicklung auf Deutschland und die Region hat. Folglich hätte dies einen negativen Einfluss auf die Zins- und Provisionserträge und das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft. Daneben wäre mit Blick auf den hohen Bilanzanteil bei den Eigenanlagen ein Risiko für das Bewertungsergebnis Depot A ein neuerliches Ausbrechen einer europäischen Schuldenkrise mit der Folge möglicher Schieflagen von Banken.

5.1.2 Interne Faktoren

Weitere **Chancen** verspricht sich die Sparkasse durch die begonnenen Projekte der Standortoptimierung und der Direktfiliale. Dies würde sich positiv auf die Erhöhung des Provisions-

ergebnisses auswirken, welches zum einen aus einer Steigerung der Produktnutzungsquote und zum anderen durch die Neukundengewinnung, besonders bei jüngeren Menschen, möglich ist. Die aufgrund der Kapitalstärke vorhandenen Möglichkeiten bei den Eigenanlagen könnten weitere über die in der Planung berücksichtigten Ertragschancen ermöglichen, um die Folgen des Niedrigzinsniveaus abzufedern. Daneben könnte der konsequente Ausbau des Dienstleistungsangebotes wie beispielsweise die Testamentvollstreckung und der Stiftungsservice im Bereich der Neukundengewinnung deutlich stärkere Wirkung entfalten, was zu einem erhöhten Provisionszuwachs führen könnte.

Als interner **Risikofaktor** wird die Möglichkeit gesehen, dass Arbeitsplätze im Vertrieb und Stab-/ Betriebsbereichen mit hohen Qualitätserfordernissen nach Personalveränderung nicht zeitnah besetzt werden können. Dies in Verbindung mit der demografischen Entwicklung einer zunehmend alternden Gesellschaft könnte langfristig negativ auf die geplante Entwicklung wirken.

5.2 Geschäftsentwicklung

5.2.1 Rahmenbedingungen

Für 2019 wird von einem fortgesetzten Aufschwung der **Weltwirtschaft** ausgegangen, wenn gleich dessen Dynamik schwächer prognostiziert wird. Ursächlich hierfür sind neben protektionistischen Tendenzen auch die Finanzmärkte in den großen Schwellenländern. Daneben sei auf geopolitische Risiken, wie militärische Konflikte und Terror verwiesen. Zu den politischen Risiken gehören in Europa der Brexit sowie die unklaren Perspektiven der institutionellen Weiterentwicklung der EU und des Euroraums. Die einschlägigen Vorhersagen gehen insgesamt davon aus, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht in größeren Dimensionen beeinträchtigt wird.

Die **deutsche Wirtschaft** befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs: Für das Jahr 2019 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Die Arbeitslosenquote wird dabei voraussichtlich auf 4,9 % sinken, die Zahl der Beschäftigten hingegen auf 45,2 Millionen steigen. Trotz der temporären Produktionsprobleme in der Automobilindustrie, dürfte die Binnennachfrage aufgrund anhaltender Beschäftigungszuwächse, der zu erwartenden Lohnsteigerungen, der bestehenden Investitionsanreize und der regen Baukonjunktur robust expandieren. Das Wachstumstempo wird voraussichtlich abnehmen und sich schrittweise dem Potenzialwachstum annähern. Verantwortlich dafür ist nicht zuletzt, dass sich der Beschäftigungsanstieg verlangsamen dürfte. Die Zuwanderung nimmt bereits jetzt ab, und die verbleibenden Erwerbspotenziale in der deutschen Bevölkerung sind begrenzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des **Geschäftsgebietes** ist historisch bedingt stark mit der Entwicklung der Automobilbranche und im Besonderen der Volkswagen AG verbunden. Deren Entscheidung künftig die Elektromobilität im ortsansässigen Werk Mosel zu fertigen birgt neben den Chancen auf Erhalt der Arbeitsplätze auch Risiken in der regionalen spezialisierten Zuliefererstruktur, wodurch die Auswirkungen auf die jeweiligen Kundenbeziehungen noch nicht vollumfänglich abschätzbar sind.

Die monetären Rahmenbedingungen bleiben 2019 unverändert expansiv. Zwar zeichnet sich allmählich eine Beendigung der Nettoanleihekäufe ab, der Expansionsgrad der **Geldpolitik** ist aber weiterhin hoch. Die Kreditzinsen liegen unterhalb früherer Durchschnittswerte, und die Banken haben ihre Kreditvergabestandards gelockert. Angesichts einer Verbraucherpreisinflation von rund 2,0 % und deutlich überausgelasteten Kapazitäten wirkt die expansive Geldpolitik in Deutschland prozyklisch. Dies birgt Risiken für die Inflationsentwicklung und die Finanzstabilität. Für die Jahre 2019 ff wird anstatt mit neuen **aufsichtsrechtlichen Vorgaben** vielmehr mit weiteren Präzisierungen bzw. Revisionen bestehenden Vorgaben gerechnet. Hier sei beispielhaft auf die Themen SREP, ICAAP, ILAAP und Verbraucherschutz verwiesen.

Die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftsentwicklung 2019 sind neben den Regulierungsanforderungen, der weiterhin stabil erwarteten Wirtschaftsentwicklung des Geschäftsgebiets und der Digitalisierung auch die Niedrigzinsphase und das demografisch bedingte rückläufige Marktpotenzial der Region. Auf diese externen Gegebenheiten reagiert die

Sparkasse u. a. mittels eines angepassten Vertriebs- und Standortkonzepts und der hohen Beratungsqualität sowie der Implementierung bzw. dem Ausbau eines digitalen Vertragswesens.

5.2.2 Geschäftsverlauf

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse im nächsten Geschäftsjahr beziehen, stellen Einschätzungen dar zur Verfügung stehenden Informationen getroffen hat. Die Sparkasse weist daraufhin, dass sich die Prognosen durch Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen ändern können. Hier verfügt die Sparkasse im Rahmen ihrer Risikosteuerung über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

5.2.2.1 Vermögenslage

Das prognostizierte Wachstum des Geschäftsvolumens basiert zum einen auf der Annahme steigender Kundeneinlagen und zum anderen auf der Optimierung der geschäftlichen Einlagen mit Verwahrentgelt. Für das Folgejahr wird ein leichter Anstieg (+1,1 % auf 2.228,5 Mio. EUR) der bilanziellen, insbesondere variablen Kundenverbindlichkeiten erwartet. Ebenso wird im Kundenkreditgeschäft ein Wachstum (+4,7 % auf 825,5 Mio. EUR) angenommen.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine solide Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2023 ist auch eine gute Kapitalbasis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung und die Erreichung unserer Geschäftsziele vorhanden. Die Gesamtkapitalquote soll in einem Korridor von 27,5 % bis 27,8 % liegen. Die Eigenmittelanforderungen werden auch unter Berücksichtigung der kombinierten Kapitalpufferanforderungen sowie der durch die BaFin im Rahmen des SREP-Bescheides festgelegten Kapitalzuschläge jederzeit eingehalten. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Die Eigenmittelanforderungen nach Basel III werden wir künftig erfüllen können.

5.2.2.2 Finanzlage

Wir gehen davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit mit Blick auf die Entwicklung der LCR keine Anhaltspunkte.

5.2.2.3 Ertragslage

Aufgrund der konstant prognostizierten Zinsentwicklung (3 Monate -0,4 %, 1 Jahr -0,2 %, 5 Jahre 0,4 %, 10 Jahre 1,0 %) sind zum Planungszeitpunkt die Chancen, das Ergebnis durch den Abschluss von Fristentransaktionsgeschäften wieder nennenswert zu verbessern, weiterhin als eher gering einzuschätzen, weshalb der prognostizierte Zinsüberschuss auf dem Vorjahresniveau liegt.

Hingegen wird im Provisionsgeschäft aufgrund der Verlagerung von zinstragendem zum provisionerzielendem Geschäft insgesamt ein 6,1%iger Anstieg erwartet.

Neben erhöhten Sachaufwendungen beeinflussen die primär tarifbedingten Personalaufwendungen die Ertragslage. Um die angestrebte Cost-Income-Ratio i.H. v. 64,0 % zu erreichen, wird auf der Ausgabenseite durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement frühzeitigen Steigerungen entgegengewirkt, sodass lediglich die tarifvertraglichen Gehaltsanpassungen diesen Punkt beeinflussen.

Es wird ein nahezu konstantes Betriebsergebnis vor Bewertung i. H. v. 20,9 Mio. EUR resp. 0,8 % der DBS erwartet.

Aus dem Eigengeschäft wird ein negatives Bewertungsergebnis von 1,5 Mio. EUR eingeplant. Dabei wird unterstellt, dass die Wertpapiere durchgängig nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden. Die erwarteten Bewertungsaufwendungen des

Kundenkreditgeschäfts betragen 1,7 Mio. EUR. Unabhängig davon werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets tragfähigen Planannahme konnte in den Vorjahren ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren leicht positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Sparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

Für das Geschäftsjahr 2019 wird von einem Ergebnis nach Steuern i. H. v. 1,7 Mio. EUR ausgegangen. Der nicht ausgeschüttete Teil des Jahresergebnisses sowie die geplanten Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken dienen der Stärkung der Eigenmittel. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und damit auch die Risikotragfähigkeit der Sparkasse sichergestellt werden.

5.3 Gesamtaussage

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar erwarten wir bei den im Vorfeld ausgeführten regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine stetige Geschäftsentwicklung. Die Planung geht von einem unveränderten Zinsüberschuss und einem steigenden Provisionsergebnis bei unveränderten sonstigen betrieblichen Erträgen aus. Leicht erhöhen wird sich gemäß Prognose auch der Verwaltungsaufwand. Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird auf dem Niveau von 2018 erwartet.

Im Umfeld einer andauernden Niedrigzinsphase lassen sich im regulären Einlagen- und Kreditgeschäft kaum noch auskömmliche Margen erreichen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen geht die Haupteinnahmequelle der Sparkasse, der Zinsüberschuss, kontinuierlich weiter zurück. Um langfristig profitabel agieren zu können, zeichnet es sich ab, in der Geschäftstätigkeit zunehmend auf den Vertrieb von Provisionsprodukten setzen zu müssen, dabei Vertriebswege anzupassen sowie Kostenstrukturen und Prozesse zu überprüfen und zu verschlanken. Die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der S-Finanzgruppe und damit auch dasjenige unserer Sparkasse sehen wir weiterhin als tragfähig an. Mit unserer Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein.

Zwickau, den 26. April 2019

Der Vorstand